



Foto: © Thomas Schulze CC BY-SA

## Prioritäten setzen

*Katastrophenvorsorge ist wichtiger als Wohlfühlprojekte*

Die Katastrophenszenarien in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz machen deutlich, wo die wichtigsten Staatsaufgaben liegen. Auch im Norden gilt es jetzt, die Prioritäten der Landes- und Kommunalpolitik neu zu setzen.

Apokalyptische Bilder dominieren in den letzten Wochen die Medienberichte. Die Starkregenereignisse haben vielen Menschen das Leben gekostet, noch viele mehr erlebten die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Ein Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur wird vermutlich Jahrzehnte dauern.

Die norddeutschen Bundesländer haben schnell Hilfskontingente in die Katastrophengebiete entsandt. Die persönlichen Eindrücke sind noch verstörender als es Medienberichte sein können. Angesichts der großen Not wirken andere Probleme geradezu lächerlich. Doch vor dem Hintergrund offenkundigen Organisationsversagens stellt sich auch die Frage, ob die zuständigen staatlichen Stellen auf eine solche Katastrophe ausreichend vorbereitet waren.

Auch in den norddeutschen Bundesländern muss jetzt die Katastrophenvorsorge kritisch hinterfragt werden. Dabei geht es nicht nur um neue Einsatzfahrzeuge. Gefragt sind auch die Pflege von Katastrophenabwehrkalendern, Erreichbarkeiten außerhalb der Dienstzeit, Unterhaltung von Sirenen und eine schlagkräftige Organisationsstruktur. Wenn es dann noch funktionierende Notstromversorgungen für öffentliche Einrichtungen gibt und Notunterkünfte vorgeplant werden, ist schon viel erreicht.

Die äußere und innere Sicherheit für alle Bürger ist die vornehmste Aufgabe unseres Staates. Die große Not der Betroffenen in den Katastrophengebieten mahnt uns dazu, unsere Prioritäten neu festzulegen. Die Förderung von Elektrofahrrädern und Regenwassertonnen mit Steuermitteln beispielsweise wirken wie blanker Hohn angesichts der Realitäten. Wir müssen alle zusammen unsere Wohlfühlkultur verlassen und die tatsächlichen Gefahren wieder zur Kenntnis nehmen.

**Rainer Kersten**

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Sie lesen in diesem Nord-Kurier

### Kieler Politik schweigt zur Kritik an Notkrediten

Der Steuerzahlerbund hat dem Landtag von Schleswig-Holstein Verfassungsbruch vorgeworfen bei der Aufnahme von Notkrediten wegen der Coronakrise. Die so Kritisierten aber schweigen – wohl in der Hoffnung, so weiteren unangenehmen Fragen ausweichen zu können.

**Bericht Seite 2**

### Schwerin: Unsere Fragen vor der Wahl des Landtages

Mecklenburg-Vorpommern wählt einen neuen Landtag. Dazu hat der Steuerzahlerbund eine ganze Reihe von Fragen gestellt an die Parteien.

In dieser Ausgabe präsentieren wir Ihnen die Antworten – soweit wir sie erhalten haben.

**Seiten 4 und 5**



### Ein Mann mit großem Herz für kleine Schiffe

Sein maritimes Herz schlägt für die kleinen Schiffe: Geschäftsinhaber Jan Müller (Bild) hat die Hamburger Galerie Maritim zu einer der wichtigsten Adressen für Schiffsmodellsammler weltweit gemacht. Wir stellen den Mann vor und sein Unternehmen.

**Bericht Seite 7**

# Das große Schweigen von Kiel

## Regierung und Landtag ignorieren Vorwurf des Verfassungsbruchs

**Der Umfang der Notkredite, die der Schleswig-Holsteinische Landtag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen hat, verstößt gegen die Landesverfassung. Das ist die Aussage des Rechtsgutachtens, das Professor Dr. Florian Becker, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, für den Steuerzahlerbund erarbeitet hat. Die Politiker aber versuchen, den Skandal totzuschweigen.**

Über die eindeutigen juristischen Inhalte haben wir in unserer Juli/August-Ausgabe ausführlich berichtet. Die Konsequenzen für das Handeln des Parlaments haben wir gemeinsam mit Professor Becker auf einer gut besuchten Pressekonferenz den Medienvertretern aus Schleswig-Holstein erläutert. Nahezu alle elektronischen und Printmedien haben umfassend berichtet. Reaktionen gab es aus der juristischen Fachwelt, die den Aussagen uneingeschränkt zugestimmt hat. Auch der Landesrechnungshof hat sich an der Diskussion beteiligt mit der Frage, ob es richtig wäre, ihm ein Klagerecht vor dem Landesverfassungsgericht einzuräumen. Doch was ist mit dem Landtag und der Regierung? Es gab nicht eine einzige offizielle Stellungnahme zum Gutachten oder

auch nur eine Nachfrage, um sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Kein Ministerpräsident und keine Finanzministerin haben sich dazu geäußert, dass ihnen vom Landtag schuldenfinanzierte Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, die über die Verfassungsgrenze hinausgehen. Und



Prof. Florian Becker spricht von Verfassungsbruch, aber die Politiker schweigen...

die Landtagsabgeordneten selbst, die sich sonst fleißig mit Pressemitteilungen zu jedem kleinsten Medienbericht zu Wort melden, hüllen sich in Schweigen. Eigentlich müsste man als Bürger und Steuerzahler doch erwarten, dass Volksvertreter, denen ein Verfassungsbruch vorgeworfen wird, diesen mit Empörung

zurückweisen und versuchen, eine inhaltliche Gegenposition zu verbreiten. Doch es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, die Aussagen des Steuerzahler-Gutachtens infrage zu stellen. Deshalb muss man wohl davon ausgehen, dass dem Landtag und der Regierung der Verstoß gegen die Verfassung bekannt war und bewusst in Kauf genommen wurde. Sonst hätte man sich gegen die Kritik zur Wehr setzen müssen.

Doch plagt die Abgeordneten jetzt das schlechte Gewissen oder ist es geplante politische Strategie, den Verfassungsverstoß totzuschweigen in der Hoffnung, es werde schon bald Gras über die Sache wachsen. Möglicherweise gehört auch das Sprichwort „wo kein Kläger, da kein Richter“ zum politischen Kalkül. Denn eine Verfassungsklage gegen die Beschlüsse könnte nur von zwei Fraktionen gemeinsam oder durch die Landesregierung erhoben werden. Bei der breiten Mehrheit für die Notkredite im Landtag ist dieses ausgeschlossen. Spekulieren lässt sich lediglich über die Frage, ob wenigstens einige Abgeordnete sich im stillen Kämmerlein geschämt haben. Nach außen aber funktioniert das Schweigekartell.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, [www.nord-kurier.de](http://www.nord-kurier.de), E-Mail: [info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 50. Jahrg., 9/2021

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de), 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

# Notkredite bleiben Thema

## Delegiertenversammlung am 16. September 2021

Die diesjährige Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein findet am Donnerstag, 16. September 2021, in Kiel statt. Neben den üblichen Regularien aus der Verbandsarbeit wird es auch wieder einen öffentlichen Teil geben. In diesem Jahr wird Professor Dr. Florian Becker über sein Gutachten zum verfassungswidrigen Umfang der Pandemie-Notkredite vortragen und für eine Diskussion zur Verfügung stehen (siehe auch Bericht auf dieser Seite).

Leider lassen die nach wie vor geltenden Bestimmungen zum Infektionsschutz nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zu. Deshalb müssen wir auch in diesem Jahr davon Abstand nehmen, alle Mitglieder zu dieser

Veranstaltung einzuladen. Eine Teilnahme ist nur auf persönliche Einladung und nach vorheriger Anmeldung möglich. Dafür bitten wir um Verständnis.

In der nächsten Ausgabe des Nord-Kurier werden wir über den Vortrag und die anschließende Diskussion ausführlich informieren. Außerdem stellen wir Ihnen auf Wunsch gerne das Gutachten im Originaltext zur Verfügung. Wenden Sie sich dazu bitte an den Landesverband Schleswig-Holstein.

Eine PDF-Version zum Download steht unter <https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/umfang-der-notkredite-verfassungswidrig/bereit>.



**H**ier folgt der dritte und letzte Teil unserer Geschichte von der Schule, die einen schnellen Internetanschluss bekommen soll. Bisher berichteten wir über die schwierige Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung und einen Tiefbauingenieur, der bei der Planung zahlreiche Probleme mit Behörden lösen musste. Dadurch haben sich die ursprünglich veranschlagten Kosten vervierfacht und es sind bereits zwei Jahre seit dem Antrag der Schule vergangen. Heute geht es in unserer Satire um die Bauausführung, bei der wir wieder Beispiele aus dem ganzen Land verdichtet haben. Parallelen zu tatsächlichen Ereignissen in Schleswig-Holstein sind also nicht zufällig.

Nach der Verabschiedung des Bauprogramms durch die Gemeindevertretung werden die Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Doch kein Unternehmen gibt ein Angebot ab. Die Auslastung sei zu hoch, das Auftragsvolumen zu gering, hört man.

Der planende Tiefbauingenieur nutzt seine Kontakte und überredet einen befreundeten Unternehmer mit dem dezenten Hinweis auf eine demnächst auszuschreibende sehr lukrative Gewerbegebietserschließung in der Nachbarstadt, doch noch ein Angebot abzugeben. Der Hinweis auf einen „Subunternehmer“ geht in der Erleichterung, dass es endlich weitergeht, unter. Doch zunächst passiert nichts!

Nach diversen Telefonaten, E-Mails und Schreiben wird ein polnischer Kleintransporter mit einem Minibagger gesichtet.

Zwei Männer, die sich in einer osteuropäischen Sprache unterhalten, verteilen mehr oder weniger wahllos Verkehrszeichen und Absperrbaken im Gemeindegebiet. Es werden erste Löcher gebaggert. LKW laden Kabel, Rohre und Pflastersteine ab. Ein sichtbarer Fortschritt ist bei zwei Bauarbeitern aber nicht auszumachen.

Bald nehmen die Beschwerden im Rathaus zu: Anwohner bemängeln, ihre Grundstücke nicht mehr erreichen zu können und der Seniorenbeirat beschwert sich über die

wochenlange Blockade der Gehwege. Für Rollatoren und Rollstühle sei kein Durchkommen mehr. Versuche des Bauamtsleiters, mit den Arbeitern in Kontakt zu treten, scheitern an Sprachproblemen. Auch unter der auf dem Fahrzeug aufgedruckten Mobilnummer nimmt niemand ab.

Der Tiefbauingenieur packt den Hauptauftragnehmer bei seiner Ehre als Kammervorstand. Dieser verspricht, seinen Schachtmeister mit polnischen Wurzeln zum „Aufräumen und Ordnen“ der Baustelle zu entsenden.

### Teil 3



Dem erfahrenen Bauleiter gelingen Teilerfolge: Abgeschlossene Bauabschnitte werden vorrangig gepflastert, abgesperrte Gehwege freigegeben und die Baustellensicherungen so verteilt, dass selbst der Leiter der örtlichen Polizeistation „damit leben kann“. Mit seiner freundlich-verschmitzten Art gelingt es ihm sogar, die erbosten Anwohner der Baustelle zu beruhigen. Nur das „gut gemeinte“ Angebot, bei dieser Gelegenheit gleich für „schmales Geld“ die Garageneinfahrt und Terrasse neu zu pflastern, kommt nicht bei allen gut an.

Kurzfristige Eskalation: Die Jugendgruppe einer Umweltorganisation beobachtet zufällig, dass sich ein großer Kettenbagger vermeintlich an einem Knick zu schaffen macht. Sie verlangen einen Baustopp für das gesamte Glasfaser-Projekt. Der herbeigerufene Tiefbauingenieur kann die Beamten des Umweltamtes aufklären, dass hier lediglich die defekte Drainage des Ackers erneuert wird, selbstverständlich bei Einhaltung aller Umweltbestimmungen.

Nach einem knappen Jahr Bauzeit und nur noch „überschaubaren Restarbeiten“, wie es der Schachtmeister ausdrückt, kann das Glasfaserkabel im Schulgebäude angeschlossen werden. Der Bürgermeister lädt zu einer großen Feierstunde und drückt vor klickenden Kameras gemeinsam mit der Schulleiterin auf den symbolischen roten Knopf. Für Verwirrung sorgt die Bemerkung des Informatik-Fachleiters der Schule, dass ja nun auch mit der Verkabelung des Schulgebäudes und der Installation von WLAN-Routern begonnen werden könne. Keiner der vollständig anwesenden Gemeindevertreter ahnt zu diesem Zeitpunkt, was diese Aussage für die nächsten Jahre bedeutet ...

Damit beenden wir diese Geschichte zunächst. Die komprimierte Darstellung von Problemen und Fallstricken, die sich immer wieder überall im Land ergeben, wenn es darum geht, unsere Infrastruktur voranzubringen und zu digitalisieren, soll zum Nachdenken darüber anregen, ob wir uns das als Gesellschaft so noch leisten können. In Sonntagsreden predigen unsere Politiker den Fortschritt, im

Parlamentsalltag werden aber genau die bürokratischen Vorschriften beschlossen, die diesen Fortschritt ausbremsen.

**Eine schnellere Entwicklung in die Zukunft scheitert in Deutschland derzeit weder an fehlenden Stellen noch gar am fehlenden Geld. Es sind die bürokratischen Strukturen und Abläufe, die modernisiert werden müssen!**

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Sie haben die Wahl

Am 26. September finden in Mecklenburg-Vorpommern sowohl die Bundestags- als auch die Landtagswahlen statt. Erstmals tritt hier Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auch zur Wahl an. Bisher hatte sie kein Mandat inne, wurde vom ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Sellering als Nachfolgerin wegen seiner Krebserkrankung im Sommer 2017 vorgeschlagen. Ihr Gegenkandidat auf Landesebene heißt Michael Sack. Er ist Landeschef der CDU M-V und Landrat im Landkreis Vorpommern-Greifswald. An der Spitze der heutigen Oppositionsparteien treten Nikolaus Kramer (AfD) und Simone Oldenburg

(Die Linke) an. Für die FDP wirft René Domke seinen Hut in den Ring und für die Grünen Anne Shepley. Beide Parteien sind aktuell nicht im Landtag vertreten. Der Bund der Steuerzahler hat diesen Parteien (und einer Auswahl weiterer Parteien) Wahlprüfsteine mit der Bitte um Beantwortung zugesandt. Eine Auswahl aus den Antworten veröffentlichen wir in diesem Heft. Die vollständigen Antworten der Parteien finden Sie, liebe Leserin, lieber Leser, auf unserer Website unter [www.steuerzahler.de/mecklenburg-vorpommern](http://www.steuerzahler.de/mecklenburg-vorpommern).

## **Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten drei Ziele der neuen Legislatur?**

**FDP:** Die FDP verfolgt folgende Ziele:

- Bildungsoffensive, die gegen Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel und Modernisierungstau an den Schulen und Beruflichen Schulen wirkt
- Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive, die M-V vom letzten Platz in der Digitalisierung ins vordere Feld bringt und zugleich dem Bürokratismus den Kampf ansagt
- Wirtschafts- und Beschäftigungsoffensive, damit wir nach der Gesundheitskrise eine anhaltende Wirtschaftskrise mit Jobverlusten eindämmen können.

**Die LINKE:** Zu den wichtigsten drei Zielen zählen für uns gute Bildung, Arbeit und Gesundheit. Hierzu und natürlich auch zu anderen Politikbereichen haben wir in unserem Wahlprogramm mehrere konkrete Vorschläge gemacht.

**Die Grünen:** Für die Legislaturperiode von 2021 bis 2026 ist unser wichtigstes Ziel, dass wir den Wandel zu einer klimaneutralen und sozial ausgeglichenen Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern entschlossen vorantreiben. Wir wollen Klimaneutralität für M-V bis zum Jahr 2035 erreichen. Zudem wollen wir eine Offensive im Bildungswesen starten. Das Steuerrecht wollen wir so ausgestalten, dass es die notwendigen Investitionen in die ökologische und digitale Modernisierung fördert.

**AfD:** Stärkung der Wirtschaft, mehr Familienfreundlichkeit und exzellente Bildung.

**CDU:** Die drei wichtigsten Ziele sind die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie, die Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufholprozesses gegenüber den alten Bundesländern und der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit, die massive Stärkung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, sowohl durch mehr Mittel und höhere Investitionen als auch durch planerische, strukturelle und inhaltliche Verbesserungen, und der Anschluss des Landes in allen Bereichen und auf allen Ebenen an die globale Entwicklung in den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Automatisierung.

**SPD:** Drei unserer wichtigsten Ziele sind: Mehr gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze, nachhaltiger Natur- und Umweltschutz sowie mehr soziale Gerechtigkeit.

## **Wie stehen Sie zur Schuldenbremse?**

**Die LINKE:** Die Schuldenbremse sehen wir als Investitionsbremse seit jeher kritisch.

**SPD:** Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern steht zur Schuldenbremse.

**CDU:** Die Schuldenbremse ist eine Garantie für solide Staatsfinanzen und die Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit in der Haushaltspolitik.

**FDP:** Die Schuldenbremse bzw. das Neuerschuldungsverbot muss schnellstmöglich konsequent eingehalten werden.

**Die Grünen:** Wir stehen zu langfristigen nachhaltigen Staatsfinanzen und einer Begrenzung der Kreditaufnahme. Trotzdem wollen

wir die Schuldenbremse reformieren, da unser Land seit längerer Zeit einen großen Investitionstau verzeichnet.

**AfD:** Wir halten an der Schuldenbremse fest.

**Das Land führte 2021 die Grundsteuer nach dem Bundesmodell ein. Die neue Grundsteuer soll „aufkommensneutral“ gestaltet werden. Was versteht Ihre Partei konkret darunter?**

**AfD:** Die AfD strebt auf Bundesebene die Abschaffung der Grundsteuer an.

**Die Grünen:** Das Ziel der aufkommensneutralen Grundsteuer, die ohne eine Erhöhung des Gesamt-Grundsteueraufkommens im Land nach der Reform auskommt, unterstützen wir. Zunächst werden dabei alle Grundstücke neu bewertet. Auf dieser Grundlage wird die Steuermesszahl festgelegt. Der Bodenrichtwert ist dabei die wichtigste Größe, bei einer vorhandenen Bebauung wird der Wert des Hauses auf den Bodenrichtwert aufgeschlagen. Dieser wird pauschal ermittelt durch eine Multiplikation der Grundfläche mit pauschalisierten Herstellungskosten. Das Alter des Hauses wird ebenfalls berücksichtigt. Diesbezügliche Regelungen bei der Steuermesszahl oder bei den Hebesätzen sind denkbar, wenn es sich verfassungsrechtlich darstellen lässt. Das vorgeschlagene Transparenzregister unterstützen wir.

**CDU:** Mit Aufkommensneutralität ist gemeint, dass das Aufkommen aus der Grundsteuer insgesamt nach der Reform nicht höher ausfallen soll als vorher. Zu steuern ist dies auf der Ebene der Kommunen. Das Land



wird dafür eine Hilfestellung anbieten, so dass die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, ob ihre Kommune die Anpassung der Hebesätze aufkommensneutral vorgenommen hat.

**Die LINKE:** Das Bundesmodell finden wir grundsätzlich richtig. Nötig wären neben einem Umlageverbot zum Schutz der Mieterinnen und Mieter eine aufkommensneutrale und gerechte Grundsteuer, die sich am tatsächlichen Wert von Grund und Immobilien orientiert.

**FDP:** Auf Landesebene wollen wir eine Grundsteuer auf Basis der Bodenfläche (Flächenkomponente) und des Wertes des Grund und Bodens (Wertkomponente), unabhängig von Bebauung und Nutzung.

**SPD:** Wir stehen dazu, dass die neue Grundsteuer für die Kommunen aufkommensneutral sein soll, damit ihnen die nötigen Steuereinnahmen auch in Zukunft stabil zur Verfügung stehen. Gleichzeitig bedeutet Aufkommensneutralität aber auch, dass die Steuerzahlungen der Bürger einer Kommune in der Summe nicht steigen sollen. Aufkommensneutralität heißt dabei nicht Belastungsneutralität im Einzelfall. Werthaltige Grundstücke sollen stärker belastet werden als weniger werthaltige.

**Wie steht Ihre Partei dazu, die Verschwendung von Steuergeld unter einen gesonderten Straftatbestand zu stellen?**

**CDU:** Sofern ein solcher Straftatbestand eindeutig definiert werden kann und dabei ausgeschlossen ist, dass demokratische Entscheidungen, die sich innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens bewegen, sanktioniert werden können, ist die Einführung eines solchen Straftatbestandes zu begrüßen.

**SPD:** Wir sind der Auffassung, dass die vorbeugenden Regeln ausreichend sind. Ist kriminelle Energie in Fällen von Steuerverschwendung zu vermuten, handelt die Staatsanwaltschaft. Ein neuer Straftatbe-

stand wäre Bundesrecht. Dafür sehen wir momentan keinen Regelungsbedarf.

**Die Grünen:** Üblicherweise werden ganze Projekte je nach Sichtweise als Steuerverschwendung oder notwendige Investition für das Wohl des Landes beurteilt. Wir GRÜNE sind gegen die Einführung eines Straftatbestandes. Das Parlament beschließt in intensiven Beratungen den Haushalt, der die Grundlage für die Ausgabe von Landesmitteln ist. Damit diese Mittel nicht missbräuchlich verausgabt werden, brauchen wir vor allem Transparenz über die Ausgaben und strenge Antikorruptionsrichtlinien, z.B. über umfangreiche Lobbyregister und Whistleblowerschutz.

**AfD:** Wir setzen uns für die Einführung eines Straftatbestandes der Haushaltsuntreue ein.

**Die Linke:** Wir sehen hier keinen gesonderten Handlungsbedarf. Die bestehenden strafrechtlichen Regelungen in § 266 StGB (Untreue) sind ausreichend.

**FDP:** Verschwendung von Steuergeldern ist scharf zu verurteilen und zu bekämpfen. Dazu bedarf es nicht zwingend eines neuen Straftatbestandes.

**Der Bund der Steuerzahler M-V e.V. meint:** Die Antworten der Parteien sind durchweg differenziert und zeigen eine Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen auf. Es lohnt sich also, online noch einmal genau nachzulesen, was, wer, wie fordert und umsetzen will. Nicht alles stimmt mit den Zielen des BdSt, Steuern und Abgaben zu senken, Verschwendung zu stoppen, die Staatsverschuldung und Bürokratie abzubauen, überein. Daran wird der Bund der Steuerzahler auch in Zukunft parteipolitisch neutral und gemeinnützig arbeiten. Das Wichtigste aber ist: Gehen Sie wählen! Stärken Sie mit der Wahrnehmung Ihres ureigensten Bürgerrechtes unsere Demokratie.

Foto: Landesregierung M-V



Die Amtsinhaberin: Manuela Schwesig will Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern bleiben. Ihre Chancen stehen gut, weil in der Krise die Wähler nach den Erfahrungen der vorangegangenen Entscheidungen gerne die Amtsinhaber bestätigen.

Foto: CDU



Der Herausforderer: Michael Sack ist CDU-Landesvorsitzender und Landrat aber muss mit dem Nachteil umgehen, dass er vielen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nicht oder wenig bekannt ist. Unklar bleibt, ob er auch Einbußen hinnehmen muss wegen der Imageprobleme der Bundespartei.



Freuen sich über die gelungene Abschlusspräsentation (v. li.): Steen Martens, Manuel Haug, Jürgen Nielsen (BdSt Hamburg), Professor Dr. Nick Gehrke (Nordakademie) und Steven Ulrich.

Foto: BdSt Hamburg / Mummenhoff

Im Zuge des praxisorientierten Masterprojektes an der Nordakademie Graduate School haben sich die Studenten Steen Martens, Steven Ulrich und Manuel Haug für etwa zwölf Wochen mit dem Thema „Moderne Mitgliedergewinnung und -betreuung für einen Verein unter Zuhilfenahme der gängigen sozialen Netzwerke/ Homepage und datenorientierten Methoden“ beschäftigt. Projektauftraggeber: Der Steuerzahlerbund Hamburg.

Ziel des Projekts war es, Ansätze zu entwickeln, um den fortlaufenden Rückgang der Mitgliederanzahl des BdSt Hamburg zu stoppen und moderne Methoden aufzuzeigen, mit deren Hilfe neue Mitglieder gewonnen werden können. Durch die Verbindung von theoretischen Grundlagen zur Kundengewinnung, -bindung und -rückgewinnung sowie der Analyse des Status Quo des BdSt Hamburg wurden in der Folge zielgruppenspezifische Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese wurden jetzt im Zuge einer Abschlussveranstaltung im Barcelo Hotel Hamburg dem BdSt-Vorstand vorgestellt.

Lob für die Arbeit der Studenten gab es von Jürgen Nielsen, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden. „Die Studenten haben unseren Umgang mit den Mitgliedern sehr genau analysiert und uns sehr viele Ansatzpunkte gegeben, um uns zu hinterfragen und zu verbessern. Das ist auch dringend

notwendig, denn wie alle Vereine müssen auch wir uns sehr um unsere Mitglieder bemühen.“ Viele Bürger würden nicht wissen, dass sich der BdSt nahezu ausschließlich über den Mitgliedsbeitrag finanziert. Eine staatliche Unterstützung würde es nicht geben. „Nur dank unserer Mitglieder können wir unsere Arbeit machen. Sie sind unser wichtigstes Gut“, so Nielsen. Dazu gehört auf der einen Seite die kritische Auseinandersetzung mit Steuerverschwendung. Auf der anderen Seite bietet der BdSt seinen Mitgliedern zahlreiche Informationen rund um das Thema Steuern. Zielgruppe sind alle, die Steuern zahlen – Azubis, Arbeitnehmer, aber auch Rentner.

Der Standard-Mitgliedsbeitrag beträgt 78 Euro. Juristische Personen, Personengesellschaften, Selbstständige und Freiberufler sind mit 96 Euro dabei. Existenzgründer zahlen 48 Euro. Der ermäßigte Beitrag beläuft sich ebenfalls auf 48 Euro für Senioren (ab 65 Jahren). Junioren (bis 27 Jahre) zahlen nur 12 Euro.

Eine besondere Ehre war für die Studenten die Teilnahme von Reiner Holzengel an der Abschlussveranstaltung. Der Präsident des Steuerzahlerbundes war extra aus Berlin angereist und von den Ergebnissen sehr angetan.

**Sascha Mummenhoff**  
[Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

## Stefanie Janz ist das neue Gesicht beim BdSt in Hamburg

Wir freuen uns, dass wir Stefanie Janz als neue Teamassistentin für Mitgliederverwaltung für den Hamburger Landesverband gewinnen konnten.



Stefanie Janz hat als ausgebildete Steuerfachangestellte ein offenes Ohr für unsere Mitglieder. Sie ist die richtige Ansprechpartnerin, wenn es um die Sorgen und

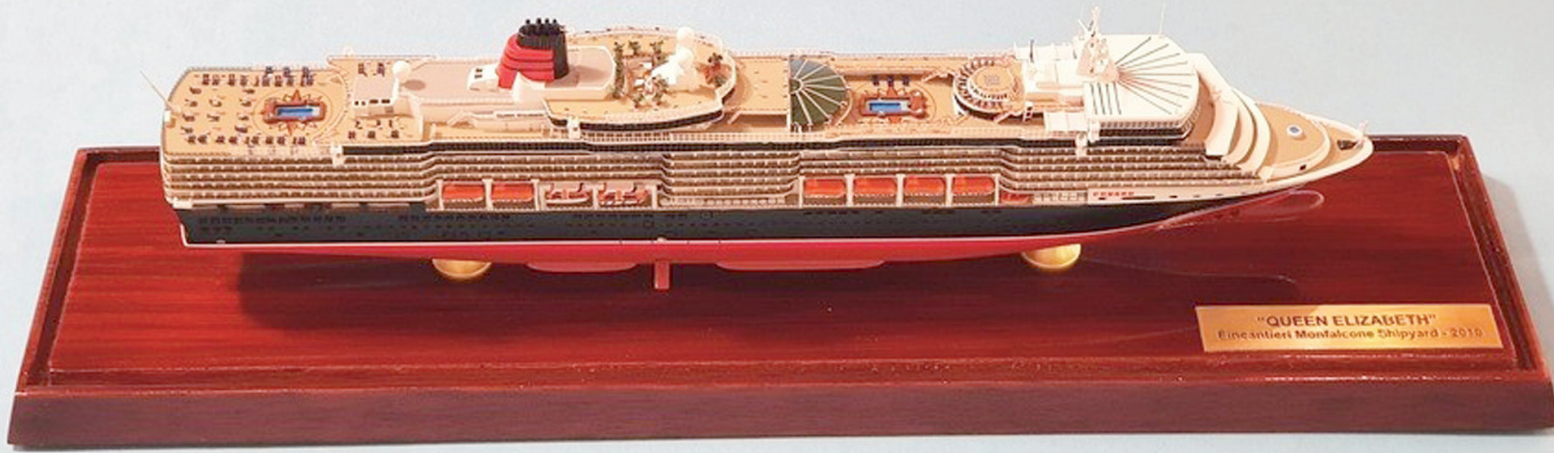
Wünsche unserer Mitglieder geht. Dank ihrer fachlichen Qualifikationen und ihres aufgeschlossenen Umgangs mit den Mitgliedern ist Frau Janz schon jetzt eine Bereicherung für unser Team vor allem bei der Mitgliederbetreuung. Sie arbeitete einige Jahre als Assistentin der Geschäftsleitung in einem kleinen Start-up in der Food-Branche, leitete das Vertriebsteam, organisierte und betreute Marketing und Kundenbetreuung und kümmerte sich um die Außendarstellung des Unternehmens. Dabei war sie sich nicht zu schade, auch mal mitanzupacken und etwa morgens beim Einpacken der Ware einzuspringen.

Stefanie Janz ist sehr vielseitig und kann diese Fähigkeit bei uns perfekt in allen Bereichen einbringen. So wird sie zukünftig tatkräftig dabei helfen, unsere Veranstaltungen und Messen zu organisieren, ein Auge auf die Beitragseingänge haben, sich um die Buchhaltung kümmern und unserem Geschäftsführer Sascha Mummenhoff den Rücken freihalten. Stefanie Janz hat schon in den ersten Tagen beim Hamburger Landesverband einiges bewegt und bringt täglich neue Ideen mit, wie wir uns weiterentwickeln können.

In ihrer Freizeit verbringt Stefanie Janz gern Zeit mit ihrer Familie, ihrem 15 Jahre alten Sohn, oder sie liest historische Romane und Biografien. In der Corona-Zeit gewann das Zuhause für Stefanie Janz auch in puncto Sport an Bedeutung. Da sie auf ihr körperliches Wohlbefinden während des Lockdowns nicht verzichten wollte, richtete sie sich kurzerhand zu Hause eine kleine Fitnessoase ein.

Beim Hamburger Landesverband warten auf Stefanie Janz nun viele interessante Herausforderungen. **Angela Sundermann**  
[sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)





# Faszinierende Welt der kleinen Schiffe

*Schiffsmodellsammler aus aller Welt werden in Hamburger Galerie fündig*

**Glänzende Glasschränke mit unendlich vielen kleinen Schiffen, maritime Schmuckstücke und stilvolle Mitbringsel aller Art sind in der Galerie Maritim zu finden. Die Auswahl, die Geschäftsinhaber Jan Müller liebevoll zusammengestellt hat, ist atemberaubend.**

Außer den Schiffsmodellen findet der Sammel-Liebhaber ein großes Angebot maritimer Fachliteratur sowie ein umfangreiches Antiquariat vor. Ein kleines Paradies für alle Sammler von Schiffsminiaturen im traditionellen Maßstab. Aber nicht nur Sammler und Modellbauer zieht es in das gemütliche Geschäft am Michel. Viele Besucher der Hansestadt schauen beim Bummel durch die Hamburger Neustadt interessiert in das Ladenfenster und entdecken das eine oder andere Souvenir für zu Hause.

Seine Leidenschaft für Schiffe entwickelte Jan Müller schon als Kind. „Ich bin in den 1970er-Jahren an der Elbe großgeworden und habe schon früh eine Faszination für die großen Schiffe, die in den Hafen eingelaufen sind, entwickelt, zu einer Zeit, als noch richtig schöne Schiffe wie die Cap San Diego im Einsatz waren.“

Jan Müller war viele Jahre Mitarbeiter in der Wede Fachbuchhandlung im Hamburger Hanseviertel und konnte sich schon dort für die so genannte Classic-Ship-Collection begeistern: „Das sind feinste handgearbeitete Schiffsminiaturen aus Metall, detailgetreue Nachbildungen, jede Reling, jedes Detail ist präzise dargestellt. Es ist alles ein Maßstab. Das ist das Fesselnde daran.“

Müller interessiert sich vor allem für den geschichtlichen Hintergrund, „und was mich besonders begeistert, ist die Qualität der Modelle. Dieses unglaubliche handwerkliche Können.“

Laut Müller waren in den 1930er- und 1940er-Jahren vorwiegend junge Männer und Kinder von den Schiffen der Kriegsmarine begeistert. „Das war ein sehr verbreitetes Hobby, das nach dem Krieg fortgeführt wurde. So etwas gab es damals in jedem Spielwarengeschäft. Heute sind wir in diesem Bereich der letzte Spezialist auf der Welt mit einem Ladengeschäft“, berichtet der Modell-Liebhaber stolz. Die Mini-Schiffe sind heute vorwiegend Sammlerobjekte“, erklärt Müller. Der Maßstab 1:1250 garantiert eine authentische, gleichwohl detailreiche Darstellung der Originale.

Bereits in den frühen 1930er Jahren produzierte die Firma Wiking Modellbau Miniaturschiffe. Wikings bester Kunde war zunächst die Kriegsmarine, später bestand der Interessentenkreis für die in Handarbeit lackierten Modelle hauptsächlich aus privaten Sammlern.

Wie alle Einzelhändler musste auch Jan Müller in der Corona-Zeit um seine Existenz bangen: „Wenn die Menschen in Kurzarbeit geschickt werden, ist das erste was sie einsparen bedauerlicherweise ihr Hobby“, sagt Müller. „Wir hatten ein halbes Jahr geschlossen und durften zusammen mit den Buchhandlungen wieder öffnen, weil wir offiziell als Buchhandlung gelten. Diese Zeit der Schließung hat uns wie alle

anderen Einzelhändler sehr schwer getroffen.“ Zum Glück konnte Jan Müller während des Lockdowns auf sein zweites Standbein zurückgreifen, seine akribisch gepflegte Homepage, auf der jedes Schiffsmodell einzeln abfotografiert wurde. „Wir haben Kunden auf der ganzen Welt. Das hat uns wenigstens ein bisschen gerettet“, erklärt Müller. Gerade in diesen für den Handel finanziell schweren Zeiten findet Jan Müller es wichtig, „dass wir Steuern zahlen, und ich finde es gut, dass eine Institution wie der Bund der Steuerzahler ein Auge auf die Verwendung unserer Steuergelder hat.“

Jan Müller, der den persönlichen Kontakt zu seinen Kunden schätzt, möchte um das Überleben des Schiffsmodellbaus kämpfen. Solange seine treuen Kunden aus ganz Deutschland weiterhin den exquisiten Laden des sympathischen Hanseaten aufsuchen, wird ihm das auch garantiert gelingen.

Sie interessieren sich für eine Vorstellung im Nord-Kurier? Schreiben Sie uns gern eine E-Mail an [mail@steuerzahler-hamburg.de](mailto:mail@steuerzahler-hamburg.de).

**Angela Sundermann**  
[sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)

**Galerie Maritim**  
Inh. Jan-Peter Müller  
Martin-Luther-Str. 21, 20459 Hamburg  
Telefon: (0) 40 36 43 12  
Telefax: (0) 40 36 33 67  
[galerie.maritim@t-online.de](mailto:galerie.maritim@t-online.de)  
[www.galerie-maritim.de](http://www.galerie-maritim.de)

# Blick durch den Norden



**Die Demoskopen sind nicht zu beneiden: Wenn Ende September der neue Bundestag gewählt wird, geht es zeitgleich auch um die Mehrheitsverhältnisse im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.**

Ob die Bürger einen Unterschied machen zwischen den Kandidaten auf Bundesebene und im eigenen Bundesland? Färbt am Ende vielleicht sogar die Entscheidung für das Parlament im Schweriner Schloss ab auf das Wahlverhalten, wenn es um den Bundestag im Reichstag in Berlin geht? Bleibt es bei der Faustformel, dass nach dem Vorbild ande-

rer Bundesländer der oder die jeweiligen Amtsinhaber in Krisenzeiten einen Bonus haben? Welche Rolle spielt – vielleicht – die Tatsache, dass der CDU-Herausforderer bislang auf Landesebene wenig aktiv war?

Es gibt also viele Fragezeichen, und die Demoskopen sind entsprechend nicht zu beneiden um ihren Job. Zumal – ganz anders als in der Politik – das Ergebnis der Umfragen am Wahlabend abgeglichen werden kann mit der Realität.

Die Coronakrise, die desolote Situation der Werften, der Weiterbau der Gaspipeline aus

Russland, es fehlt an vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit. Weswegen davon auszugehen ist, dass die Macher der Umfragen am Ende die nackten Zahlen der Befragungen „werten“ werden – allerdings ohne uns Wählern mitzuteilen, warum sie hier oder da ihrem Bauchgefühl gefolgt sind.

Und aufs Bauchgefühl wird es im kommenden Jahr auch ankommen, wenn in Schleswig-Holstein gewählt wird. Hier agiert derzeit ein Bündnis aus CDU, Grünen und FDP mit möglicher Vorbildfunktion für die Bundesebene, wenn die Wähler es so wollen. Aber da traut sich derzeit kein Demoskop eine verlässliche Prognose zu.

Im Norden werden ausschließlich die Hamburger am Wahlabend ruhig auf die Ergebnisse

schauen. Sie haben eine frisch gewählte Bürgerschaft und folglich viel Zeit, ehe sie sich wieder mit der Frage beschäftigen müssen, wer denn bitte schön in welcher Konstellation an der Elbe den Stadtstaat regieren kann, soll oder will.

Lediglich eines ist jetzt schon klar: Wenn am Abend die Stimmen für die Bundestags- und die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ausgezählt sind, beginnt die Rosinenpickerei. Jede Partei wird sich passende Zahlen suchen, um zu erklären, warum es so und nicht anders kommen musste. Und selbstverständlich werden alle Vertreter noch einmal betonen, dass die Mitglieder einen Superwahlkampf gemacht haben. Mindestens bei den Wahlverlierern ist das, bei Licht betrachtet, immer auch eine Wählerbeschimpfung.

## Kommunalkompass: Aktuell mit wichtigen Tipps



Der Bund der Steuerzahler hat die Schrift „Kommunalkompass“ vollkommen überarbeitet und neu aufgelegt. Auf über 100 Seiten werden Konsolidierungsvorschläge

zusammengetragen, um Gestaltungsspielräume im kommunalen Haushalt zurückzugewinnen. Daneben gibt es wichtige Informationen zu aktuellen Entwicklungen in der kommunalen Haushaltswirtschaft. Die Schrift wird allen Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt. Eine eigene Internet-Seite ermöglicht Diskussionen, Aktualisierungen und weitere Informationen.

Auf keiner anderen staatlichen Ebene erleben die Bürger, aber auch die ehrenamtlich tätigen kommunalen Mandatsträger selbst, die Auswirkungen politischer Entscheidungen so unmittelbar und schnell im eigenen Lebensumfeld. Durch die Gesetzgeber werden den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben auferlegt ohne die notwendige Finanzierung. Darum fällt es allen Verantwortlichen schwer, nötige einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen.

Dennoch ist es auch in der heutigen Zeit möglich, die Kommunalhaushalte nachhaltig zu konsolidieren! Dabei geht es nicht ums Sparen zum Selbstzweck, geschweige denn darum, die kommunale Infrastruktur „kaputt zu sparen“. Vielmehr muss es das Ziel sein, durch eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, damit die Kommunalpolitik wieder zukunftsweisend gestalten kann.

Unsere Broschüre richtet sich gleichermaßen an ehrenamtliche Kommunalpolitiker, Verwaltungen, Lokaljournalisten und interessierte Bürger. Wir haben nicht den Anspruch, alles „besser zu wissen“. Aber wir können Anregungen und Vorschläge weitergeben, die anderen Kommunen in schwierigen Situationen geholfen haben. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei Ihrem Landesverband. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite [www.steuerzahler.de/kommunalkompass](http://www.steuerzahler.de/kommunalkompass)